

Im Rahmen der vergaberechtlichen Bindungen und gesetzlichen Verpflichtungen des Auftraggebers verhandelbarer Vertragsentwurf

Vertragsentwurf

**über die Fortsetzung der Servicestelle
des „Familienpakt Bayern“
von 2027 bis 2031**

**zwischen dem Freistaat Bayern,
vertreten durch das
Bayerische Staatsministerium Familie, Arbeit und Soziales,
dieses vertreten durch
Frau Ministerialrätin Kerstin Kohlberger,**

– im Folgenden Auftraggeber genannt –

und

(.....)

– im Folgenden Auftragnehmer genannt –

Präambel

Familie und Beruf nach den eigenen Vorstellungen leben zu können, ist für immer mehr Beschäftigte Wunsch und Herausforderung zugleich. Das Leben mit Familie ist nach wie vor zentraler Wunsch junger Menschen. Immer mehr Männer und Frauen haben den Wunsch, eine Familie zu gründen und trotzdem – oder gerade deswegen – gemeinsam erfolgreich im Beruf zu sein.

Es zeichnet Bayern aus, dass wichtige Zukunftsfragen im Konsens von Wirtschaft und Staatsregierung angegangen werden. Die Bayerische Staatsregierung, die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK) und der Bayerische Handwerkstag e.V. (BHT) haben sich zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern gemeinsam kontinuierlich zu verbessern und sind Paktpartner im „Familienpakt Bayern“. Dazu haben sie im Rahmen des „Familienpakt Bayern“ eine gemeinsame Servicestelle errichtet. Um die bereits erreichten Erfolge der gemeinsamen Initiative von Politik und Wirtschaft nachhaltig zu sichern und den angestoßenen Wertewandel bei den bayerischen Arbeitgebern weiter voranzutreiben, soll der Betrieb der Servicestelle fortgesetzt werden.

Wie bisher übernimmt die Servicestelle die Erstberatung, ist Ansprechpartnerin und Lotsin für die Unternehmen. Zudem betreut sie das Online-Informationsportal (www.familienpakt-bayern.de), akquiriert Mitglieder, führt Veranstaltungen durch und leistet Vernetzungsarbeit.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien folgendes:

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Die Bayerische Staatsregierung, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e. V. (BIHK) und der Bayerische Handwerkstag e.V. (BHT) haben sich zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern gemeinsam kontinuierlich zu verbessern und sind Paktpartner im „Familienpakt Bayern“. Die Servicestelle übernimmt die Erstberatung für Unternehmen, ist Ansprechpartnerin und Lotsin für die Unternehmen. Zudem betreut sie das Online-Informationsportal (www.familienpakt-bayern.de), akquiriert Mitglieder, führt Veranstaltungen durch und leistet Vernetzungsarbeit.
- (2) Bestandteil dieses Vertrages sind:

- die Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- das Angebot des Auftragnehmers in dem oben genannten Vergabeverfahren nebst allen gegebenenfalls nachgeforderten bzw. nachgereichten Unterlagen (Anlage 2), insbesondere:
 - die Eigenerklärung des Bieters, wie bei Angebotsabgabe eingereicht,
 - die Scientology-Schutzerklärung, wie bei Angebotsabgabe eingereicht,
 - die Erklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, wie bei Angebotsabgabe eingereicht.
- Auszug der IT-Sicherheitsrichtlinie für die bayerische Staatsverwaltung BayITSiR-14 – Sicherheit von Webanwendungen der Bayerischen Staatsverwaltung (Anlage 3).

Bei Widersprüchen zwischen einer Anlage und diesem Vertragstext gehen die Regelungen dieses Vertrags vor.

- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind weder Gegenstand dieses Vertrages noch seiner Anlagen und entfalten gegenüber dem Auftraggeber keine rechtsverbindliche Wirkung.

§ 2

Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in seinem Angebot vom ... (Anlage 2) und der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) beschriebenen Leistungen ab 01.01.2027 zu erbringen.
- (2) Stellt der Auftragnehmer im Verlauf der Arbeiten fest, dass seine Verpflichtungen nach diesem Vertrag in der vereinbarten Form undurchführbar sind, das angestrebte Ergebnis nicht oder nur teilweise erreicht werden kann oder vollständig oder teilweise von Dritten erreicht wurde, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (3) Darauf, dass eine zur Durchführung dieses Vertrages erforderliche Leistung dem Auftraggeber selbst obliegt, kann sich der Auftragnehmer nur berufen, soweit in § 10 dieses Vertrages die betreffende Leistung ausdrücklich als dem Auftraggeber obliegende Mitwirkungshandlung vereinbart wurde.

§ 3**Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diesen Vertrag in laufender Abstimmung mit dem Auftraggeber durchzuführen und den Auftraggeber in alle Arbeitsschritte frühzeitig einzubinden. Zwischenbesprechungen werden auf Wunsch des Auftraggebers oder des Auftragnehmers durchgeführt. Diese sind durch den Auftragnehmer vorzubereiten, auf Wunsch des Auftraggebers auch schriftlich.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Betreuung und Weiterentwicklung des Internetauftritts die Standards und Richtlinien des Freistaats Bayern für die Informations- und Kommunikationstechnik in der bayerischen Verwaltung ([IKT-Standards-Richtlinien-Bekanntmachung – IKTSRBek](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV_2003_4_D_11173>true)) zum Download unter https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV_2003_4_D_11173>true) vom 11.05.2020 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.
- (3) Die Webauftritte haben die Anforderungen an die aktuellen Standards zur Barrierefreiheit gemäß § 9 der Verordnung über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerische Digitalverordnung – BayDiV) vom 11.07.2023 (GVBl. S. 464, BayRS 206-1-1-D) in der jeweils gültigen Fassung zu erfüllen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Barrierefreiheit gemäß BayDiV durch ein Prüfzertifikat eines unabhängigen Dritten nachzuweisen. Die Überprüfung, Zertifizierung und Mängelbeseitigung sind durch den Auftragnehmer zu beauftragen, die Kosten sind vom Auftragnehmer zu tragen. Eine entsprechende (aktualisierte) Erklärung zur Barrierefreiheit gemäß § 10 BayDiV ist in diesem Kontext zu erstellen und auf der betreffenden Website einzubinden. Um die fortlaufende Barrierefreiheit der Webauftritte zu gewährleisten, hat im Zusammenhang einer entsprechenden Beauftragung eine regelmäßige Überprüfung und ggf. Nachbesserung unter den genannten Bedingungen zu erfolgen. Hält der Auftragnehmer eine Anforderung der Bayerischen Digitalverordnung für eine unverhältnismäßige Belastung (§ 9 Abs. 4 BayDiV), hat er diese Auffassung dem Auftraggeber gegenüber schriftlich zu begründen; der Auftraggeber entscheidet dann für den Auftragnehmer verbindlich, ob auf die betreffende Anforderung verzichtet werden kann.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Webauftritte den Prozess zur Freigabe von Web-Applikationen (Bayern-CERT) gemäß Anlage 3 dieses Vertrages „Auszug der IT-Sicherheitsrichtlinie für die bayerische Staatsverwaltung BayITSiR-14 – Sicherheit von Webanwendungen der Bayerischen Staatsverwaltung – hier Prozess Webfreigabe“

einzuhalten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor der Inbetriebnahme seines Internetauftritts einen Penetrationstest über das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) durchzuführen. Der Penetrationstest wird durch den Auftragnehmer über den Auftraggeber beim LSI beantragt. Bei bereits in Betrieb befindlichen Webanwendungen muss bei funktionalen Erweiterungen bzw. Änderungen vor allem bei dynamisch generierten Webseiten oder Formularen, ein erneuter Penetrationstest durchgeführt werden. Eine generelle erneute Überprüfung hat spätestens drei Jahre nach dem letzten Penetrationstest zu erfolgen. Das LSI ist insofern Penetrationstest-Auftragnehmer und kann seinerseits einen oder mehrere Unterauftragnehmer einsetzen. Für den Test von Anwendungen, die außerhalb des bayerischen Behördennetzes betrieben werden, benötigt das LSI eine gültige Einverständniserklärung (Permission To Attack (PTA)) durch den Betreiber der physischen Infrastruktur und Anwendungsbetreiber der zu testenden Webanwendung. Es wird nur die PTA in der jeweils gültigen Fassung des LSI akzeptiert. Insbesondere ist der Auftragnehmer verpflichtet, von Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) oder gegebenenfalls externen Dienstleistern festgestellte Mängel auf eigene Kosten zu beheben.

(5) Sicherheitsvorfälle – Änderungsmeldung - Patch- und Release-Management (Mindest-SLAs)

- Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch binnen 24 Stunden nach Kenntnis, über sicherheitsrelevante Vorfälle, Schwachstellen mit hohem/kritischem Risiko oder Änderungen an der Software bzw. an Zulieferern, die die Informationssicherheit beeinflussen können. Diese Meldungen sind an folgendes Postfach zu übermitteln: cert@stmas.bayern.de
- Patch- und Release-Management (Mindest-SLAs)
Grundsätzlich sind für Sicherheitslücken Patches oder Workarounds innerhalb der unten aufgeführten Zeiten nach Bestätigung der Lücke bzw. Verfügbarkeit eines Fixes auf Kosten des Auftragnehmers zur Verfügung zu stellen oder in die relevanten Systeme einzuspielen.
 - Kritische Sicherheitslücken: Innerhalb von 48 Stunden
 - Hohe Sicherheitslücken: Innerhalb von 7 Kalendertagen
 - Mittlere Sicherheitslücken: Innerhalb von 30 Kalendertagen

Abweichende Fristen sind nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Einstufung erfolgt nach der CVSS Klassifizierung (**Common Vulnerability Scoring System**). Verwendete Software /Bibliotheken o.ä. sind auf dem aktuellen Stand zu halten.

- (6) Der Auftragnehmer ist bei öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen verpflichtet, einen Hinweis auf die jeweilige Projektförderung durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und die Paktpartner zu geben. Insbesondere sollen alle Unterlagen sowie Einladungen und Hinweisschilder im Zusammenhang mit dem Auftrag diesen Hinweis enthalten.

Ebenso müssen auf Verlangen des Auftraggebers die Wort-/Bildmarken des Familienpakts, des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und der Paktpartner abgebildet sein.

§ 4

Einzusetzende Personen

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Durchführung dieses Vertrages folgende Personen einzusetzen:
1. [...] (Projektleiter/Projektleiterin)
 2. [...] (stellvertretender Projektleiter/stellvertretende Projektleiterin)
 3. [...] (Mitarbeiter/Mitarbeiterin)
- (2) Neu in das Projektteam aufgenommene Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen müssen für die Erbringung der vereinbarten Leistung entsprechend der ausscheidenden Person qualifiziert sein. Ein personeller Wechsel bei der Projektleitung oder deren Stellvertretung ist zudem nur aus zwingenden Gründen zulässig. Hinsichtlich der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein Wechsel dem Auftraggeber mitzuteilen und auf Verlangen das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 nachzuweisen.
- (3) Muss eine vom Auftragnehmer zur Durchführung des Vertrags eingesetzte Person durch eine andere ersetzt werden und ist eine Einarbeitung erforderlich, so hat der Auftragnehmer dadurch entstehende zusätzliche Kosten zu tragen; die Leistungspflichten des Auftragnehmers bleiben unverändert.

§ 5

Fälligkeiten

- (1) Die Jahresabschlussberichte über die Tätigkeiten im vorausgegangenen Jahr sind jeweils zum 31.01. des folgenden Jahres dem Auftraggeber vorzulegen.

- (2) Der Jahres- und Finanzplan für das Jahr 2027 ist innerhalb von vier Wochen nach Vertragsschluss dem Auftraggeber vorzulegen. Im Übrigen sind die Jahres- und Finanzpläne für das folgende Jahr zum 30.09. eines jeden Jahres vorzulegen.
- (3) Eine quartalsweise Berichterstattung im Sinne einer Dokumentation über den Umsetzungsstand der Tätigkeiten der Servicestelle ist am letzten Tag des jeweiligen Quartals dem Auftraggeber vorzulegen.
- (4) Der mit der Fortsetzung der Servicestelle betraute Auftragnehmer erstellt jeweils zum 31.01. des Folgejahres eine Jahresabrechnung für die Vertragspartner des Kooperationsvertrags.
- (5) Erkennt der Auftragnehmer, dass Termine und Fristen nicht eingehalten werden können, hat er den Auftraggeber unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen und die Verzögerung zu begründen.

§ 6

Abnahme von Berichten

- (1) Alle Berichte sowie die Jahres- und Finanzpläne sind in einem gängigen Dateiformat z.B. PDF abzugeben.
- (2) Die Jahresabschlussberichte sowie die Jahres- und Finanzpläne bedürfen der Billigung (auch elektronisch) des Auftraggebers (Abnahme). Die Billigung bzw. gänzliche oder teilweise Ablehnung hat binnen sechs Wochen nach Eingang der formal vollständigen Unterlagen bei dem Auftraggeber zu erfolgen. Der Bericht des Auftragnehmers im Rahmen der monatlichen Berichterstattung bedarf keinerlei Billigung durch den Auftraggeber.

§ 7

Unteraufträge

- (1) Die Übertragung von Teilen der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung an Unterauftragnehmer durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Übertragung von Teilen der Leistung an Unterauftragnehmer nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei Einholung einer Zustimmung nach Abs. 1 dem Auftraggeber schriftlich darzulegen, wie er seine Auswahlentscheidung unter Beachtung der Vorgaben nach diesem Abs. 2 getroffen hat.
- (3) Der Auftragnehmer trifft - im Fall der Zustimmung durch den Auftraggeber - Vereinbarungen mit Unterauftragnehmern in eigenem Namen.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Unterauftragnehmern auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen - zu stellen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart ist.
- (6) Bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge ist der Auftragnehmer verpflichtet, regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen.

§ 8

Vergütung

- (1) Die von dem Auftraggeber zu zahlende Vergütung für den Leistungszeitraum von 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2027 beträgt ... € zzgl. der gesetzlich fälligen Mehrwertsteuer. Bei Ausübung der ersten Verlängerungsoption (1. Januar 2028 bis 31. Dezember 2029) erhält der Auftragnehmer eine weitere Vergütung in Höhe von jeweils ... € jährlich zzgl. der gesetzlich fälligen Mehrwertsteuer. Bei Ausübung der zweiten Verlängerungsoption (1. Januar 2030 bis 31. Dezember 2031) erhält der Auftragnehmer eine weitere Vergütung in Höhe von jeweils ... € jährlich zzgl. der gesetzlich fälligen Mehrwertsteuer. Die Vergütung ist als Festpreis für alle geschuldeten Leistungen zu verstehen, durch die auch sämtliche dem Auftragnehmer aus Anlass der Vertragserfüllung entstehenden Aufwendungen abgegolten sind. Insbesondere sind hiermit alle Personal-, Miet-, Sach-, Daten-/Rechtebeschaffungs-, Reise- und Nebenkosten, Ausgaben für Post und Telekommunikation, Kosten für Referenten und Referentinnen, technische Leistungen sowie etwaige Ansprüche urheberrechtlicher Art und sämtliche Steuern, Abgaben und Auslagen abgegolten. Etwaige Kostenmehrungen hat der Auftragnehmer selbst zu tragen.

- (2) Zur Wertsicherung kann eine Anpassung der Vergütung für die Jahre 2030 bis 2031 erfolgen. Grundlage für die Anpassung ist der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden amtlich festgelegte Verbraucherpreisindex (im Folgenden: VPI) für Deutschland. Erhöht oder verringert sich der VPI zum Zeitpunkt der Ziehung der Verlängerungsoption gegenüber dem VPI zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses um mindestens 10 Prozent, so kann eine Partei eine Anpassung der Vergütung verlangen. Diesem Verlangen hat die Partei eine nachvollziehbare und überprüfbare Berechnung der Preisänderung in Schrift- oder Textform beizufügen. Keine Partei hat einen Anspruch auf eine Preisanpassung. Sollten sich die Parteien im Rahmen der jeweiligen Verhandlung nicht auf eine Anpassung der Vergütung einigen, darf diejenige Partei, die eine Verhandlung im Sinne von Satz 3 verlangt hat, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 Monaten kündigen.
- (3) Die Vergütung wird in mehreren Raten - nach schriftlicher Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer - ausbezahlt, die wie folgt fällig werden:
- Die erste Rate in Höhe von € zzgl. Mehrwertsteuer wird vier Wochen nach Vorlage des Jahres- und Finanzplans 2027 fällig.
 - Die zweite Rate in Höhe von € zzgl. Mehrwertsteuer wird zum 30. Juni 2027 fällig.
 - Die dritte Rate in Höhe von ... € zzgl. Mehrwertsteuer wird zum 30. September 2027 fällig.
 - Die vierte Rate in Höhe von ... € zzgl. Mehrwertsteuer wird zum 30. November 2027 fällig.
 - Bei Ausübung der ersten Verlängerungsoption wird die Vergütung für die Kalenderjahre 2028 und 2029 in vier Raten jährlich zu je € zzgl. Mehrwertsteuer vereinbart. Die Raten werden wie folgt fällig:
 - Erste Rate: vier Wochen nach Abnahme des Jahresabschlussberichts 2027 bzw. Jahresabschlussbericht 2028
 - Zweite Rate: 30. Juni 2028 bzw. 30. Juni 2029
 - Dritte Rate: 30. September 2028 bzw. 30. September 2029
 - Vierte Rate: 30. November 2028 bzw. 30. November 2029
 - Bei Ausübung der zweiten Verlängerungsoption wird für das Kalenderjahr 2030

die Vergütung in vier Raten zu je ... € (ggf. Anpassung entsprechend der Wert-sicherungsklausel) zzgl. Mehrwertsteuer vereinbart. Die Raten werden wie folgt fällig:

- Erste Rate: vier Wochen nach Abnahme des Jahresabschlussberichts 2029
 - Zweite Rate: 30. Juni 2030
 - Dritte Rate: 30. September 2030
 - Vierte Rate: 30. November 2030
- Im Rahmen der zweiten Verlängerungsoption wird für das Kalenderjahr 2031 die Vergütung in vier Raten zu je ... € (ggf. Anpassung entsprechend der Wert-sicherungsklausel) zzgl. Mehrwertsteuer vereinbart. Die Raten werden wie folgt fällig:
 - Erste Rate: vier Wochen nach Abnahme des Jahresabschlussberichts 2030
 - Zweite Rate: 30. Juni 2031
 - Dritte Rate: 30. September 2031
 - Vierte Rate: Innerhalb von vier Wochen nach Abnahme des Jahresabschlussberichts 2031.

§ 9

Anregungen und Änderungswünsche des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer jederzeit Anregungen und Änderungswünsche zur vertraglichen Leistung unterbreiten. Der Auftragnehmer ist gemäß § 2 Nr. 1 VOL/B verpflichtet, zumutbare Änderungswünsche umzusetzen.
- (2) Soweit der Auftragnehmer der Auffassung ist, dass
 - dadurch das Ergebnis des Vorhabens beeinträchtigt wird,
 - er den vertraglichen Zeitplan nicht einhalten kann,
 - sich dadurch die vereinbarte Vergütung ändert,
 - die Anregungen und Änderungswünsche die Undurchführbarkeit des Auftrags nach sich ziehen,
 ist er verpflichtet, den Auftraggeber hierauf unverzüglich hinzuweisen. Ein Anspruch auf erhöhte Vergütung nach § 2 Nr. 3 Satz 1 VOL/B setzt die schriftliche Änderung dieses Vertrages nach Vorlage einer detaillierten Kostenaufstellung durch den Auftragnehmer vor Ausführung der Leistung voraus.

§ 10**Mitwirkung des Auftraggebers**

Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer über alle Vorgänge und Umstände informieren, die für Inhalt und Zweck der Auftragsdurchführung erforderlich sind.

§ 11**Nutzungsrechte und Quellcodes**

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber für den Fall des Entstehens von Urheber- und/oder Leistungsschutz- oder sonstigen Rechten mit Abschluss des Vertrags (Zuschlag) sämtliche Nutzungsrechte an allen im Rahmen der Vertragsdurchführung erbrachten Arbeitsergebnissen und Leistungen (nachfolgend auch „Werk“ genannt) ausschließlich, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkt sowie weiter übertragbar ein. Der Auftraggeber ist berechtigt, das Werk weiter zu verändern und/oder sonst zu bearbeiten (§ 39 Urheberrechtsgesetz). Im Fall von Programmierungsleistungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber, die Quellcodes zur Verfügung zu stellen und insbesondere sicherzustellen, dass der Internetauftritt von dem Auftraggeber oder gegebenenfalls einem künftigen Auftragnehmer fortgeführt werden kann. Von dem Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftragnehmers sämtliche Nutzungsrechte weiter übertragen und/oder gegebenenfalls auch einfache Nutzungsrechte eingeräumt werden (§§ 34, 35 Urheberrechtsgesetz).
- (2) Zieht der Auftragnehmer Dritte heran, ist er verpflichtet, soweit möglich, Urheber- und/oder Leistungsschutz- oder sonstige Rechte im gleichen Umfang zu erwerben und wie eigene Rechte an den Auftraggeber zu übertragen. Bei Betrauung Dritter mit Programmierungsleistungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Herausgabe des Quellcodes an den Auftraggeber sicherzustellen und insbesondere sicherzustellen, dass der Internetauftritt von dem Auftraggeber oder gegebenenfalls einem künftigen Auftragnehmer fortgeführt werden kann. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von eventuellen Ansprüchen Dritter freizustellen.
- (3) Die Rechtseinräumung erfasst insbesondere alle Rechte, die für den Vertragszweck erforderlich sind. Erfasst werden weiter alle Rechte, die erforderlich sind, um sämtliche Arbeitsergebnisse und Leistungen des Auftragnehmers umfassend auszuwerten. Von der Rechtseinräumung umfasst werden insbesondere
 - das Vervielfältigungsrecht einschließlich des Rechts der Übertragung auf Bild-

und/oder Ton- beziehungsweise Datenträger und der Einspeicherung in Datenbanken,

- das Verbreitungsrecht einschließlich des Rechts zum Verkauf, zur Vermietung, zum Verleih, zum Verschenken oder zur sonstigen Abgabe von Vervielfältigungsstücken,
- das Senderecht (Sendung und Weitersendung durch Ton- und Fernsehrundfunk, Satellitenrundfunk, Kabelfunk oder ähnliche technische Mittel),
- das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung sowie zur Nutzung des Werks in Abruf- und Online-Diensten,
- das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht, insbesondere zum Zweck der Aufzeichnung oder Live-Sendung sowie das Recht zur öffentlichen Wiedergabe von Bild- und/oder Tonträgern oder Funksendungen, insbesondere im Zusammenhang mit Messe, Ausstellungen, Festivals, Wettbewerben und zu sonstigen Werbemaßnahmen,
- das Ausstellungsrecht,
- das Recht zur Verwendung von Ausschnitten aus dem Werk in anderen Produktionen,
- das Recht zu Änderungen, Bearbeitungen, Umgestaltungen, Übersetzungen und Untertitelungen (gegebenenfalls unter anderem durch Videotext),
- das Recht zur Herstellung, Vervielfältigung, Verbreitung und öffentlichen Wiedergabe auch von schriftlichem oder sonstigem Begleitmaterial sowie
- das Recht zur Herstellung, Vervielfältigung, Verbreitung und öffentlichen Wiedergabe von Werbe- und Informationsmaterial.

- (4) Durch den Abschluss des Vertrags wird eine Verpflichtung für den Auftraggeber, das Werk und/oder die Arbeitsergebnisse oder sonst erbrachten Leistungen zu nutzen, nicht begründet.
- (5) Das Recht zum Rückruf wird, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.
- (6) Die Rechtsübertragung und gegebenenfalls die Überlassung der Quellcodes nach diesem § 11 sind mit der Vergütung nach § 8 vollständig abgegolten.
- (7) Der Auftragnehmer wird, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben ist, bei der Nutzung der Arbeitsergebnisse namentlich genannt werden.

§ 12**Einhaltung gesetzlicher Vorschriften**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere

- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, und
- gemäß § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, § 3 Abs.1 des Entgelttransparenzgesetzes und § 2 Nr. 7 AEntG gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu bezahlen.

§ 13**Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die gesetzlichen Vorschriften über den Datenschutz einzuhalten. Dies gilt insbesondere auch, soweit personenbezogene Daten in nicht automatisierten Dateien oder in Akten enthalten sind.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sicherzustellen, dass personenbezogene Daten bei Übermittlung oder beim Transport auf Datenträgern nicht unbefugt gelesen, verändert oder gelöscht werden können.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sicherzustellen, dass alle mit der Durchführung des Vertrags befassten Personen an die Einhaltung dieser Vorschriften gebunden sind. Für Verletzungen der Vorschriften haftet der Auftragnehmer dem Auftraggeber.

§ 14**Verschwiegenheitsverpflichtung**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm bei der Durchführung des Vertrags von dem Auftraggeber bekannt gemachten Tatsachen, Angaben und Umstände Dritten gegenüber geheim zu halten, soweit der Auftraggeber ihn nicht in schriftlicher Form hiervon

entbinden. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

- (2) Die Verpflichtung gilt nicht für Informationen und Kenntnisse, die dem Auftragnehmer oder der Öffentlichkeit vor der Mitteilung bekannt oder allgemein zugänglich waren oder der Öffentlichkeit nach der Mitteilung ohne Mitwirkung oder Verschulden des Auftragnehmers bekannt oder allgemein zugänglich wurden.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur die für die Erfüllung des Vertrags notwendigen Personen und nur im erforderlichen Umfang über die bei der Durchführung dieses Vertrags bekannt gewordenen Tatsachen, Angaben, Umstände und Ergebnisse zu unterrichten.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sicherzustellen, dass alle mit der Durchführung dieses Vertrags befassten Personen an die Einhaltung dieser Vorschriften gebunden sind. Für Verletzungen der Vorschriften haftet der Auftragnehmer dem Auftraggeber.

§ 15

Haftung und Gewährleistung

- (1) Gewährleistung und Haftung des Auftragnehmers richten sich nach den Bestimmungen der VOL/B in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags geltenden Fassung und im Übrigen nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter, die er im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags verursacht hat, freizustellen.

§ 16

Haftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sicherzustellen, dass er während der gesamten Vertragslaufzeit haftpflichtversichert ist. Eine während der Vertragslaufzeit endende Haftpflichtversicherung ist zu verlängern beziehungsweise bei einem anderen Versicherer neu abzuschließen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alle Änderungen, die während der Vertragslaufzeit bezüglich der Haftpflichtversicherung eintreten, unverzüglich anzuzeigen und dem Auftraggeber auf Anfrage sämtliche Bescheinigungen vorzulegen.

§ 17**Laufzeit des Vertrags; Vertragsbeendigung**

- (1) Dieser Vertrag läuft ab dem 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2027; bei Ausübung der 1. Verlängerungsoption nach § 18 bis zum 31. Dezember 2029 und bei Ausübung der 2. Verlängerungsoption nach § 18 bis 31. Dezember 2031. Der Ablauf der Vertragslaufzeit schließt die Geltendmachung von Haftungs- und Gewährleistungsansprüchen nicht aus.
- (2) Der Vertrag kann vor Ablauf der Vertragslaufzeit, vorbehaltlich der Regelungen der Abs. 3 und 4, nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Die Kündigung ist innerhalb von drei Wochen nach Kenntnis der Umstände schriftlich zu erklären. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
- der Auftragnehmer seine Pflichten auch nach erfolgter Mahnung oder Abmahnung nicht oder nicht vertragsgemäß erfüllt;
 - der Auftragnehmer durchführbare Anregungen und Änderungswünsche des Auftraggebers nicht berücksichtigt;
 - der Auftragnehmer ohne Zustimmung des Auftraggebers Unterauftragnehmer einschaltet;
 - Rechte Dritter dem Erwerb der Nutzungsrechte oder der Quellcodeüberlassung nach § 11 entgegenstehen;
 - der Auftragnehmer gegen seine Verschwiegenheitsverpflichtungen aus § 14 verstößt
 - oder der Auftragnehmer gegen die Verpflichtungen zum Datenschutz aus § 13 verstößt.

Im Fall auftraggeberseitiger fristloser Kündigung werden die bis dahin erbrachten Leistungen des Auftragnehmers nur vergütet, soweit sie von dem Auftraggeber tatsächlich verwertet oder als verwertbar erklärt werden. Im Übrigen bleiben Schadensersatzansprüche des Auftraggebers unberührt.

- (3) Abweichend von Abs. 2 kann der Auftraggeber bis zur vollständigen Erfüllung der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen diesen Vertrag jederzeit auch ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Auftraggeber ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch

anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben fahrlässig unterlässt.

- (4) Die gesetzlichen Rechte der Auftraggeber und die Rechte nach der VOL/B zur Beendigung des Vertrags in Haftungs- und Gewährleistungsfällen werden durch diesen § 17 nicht berührt.
- (5) Die Verpflichtungen zum Datenschutz (§ 13) und zur Verschwiegenheit (§ 14) sowie die Verpflichtung nach Abs. 5 bleiben auch über die Beendigung des Vertrages hinaus bestehen.

§ 18

Verlängerungsoption

- (1) Der Auftraggeber kann den Vertrag mit dem Auftragnehmer durch einseitige Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer bis zum 31. Dezember 2027 (1. Verlängerungsoption) und ein weiteres Mal bis zum 31. Dezember 2029 (2. Verlängerungsoption) verlängern. Dieses Optionsrecht kann er durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer ausüben.
- (2) Der Auftraggeber wird eine Ausübung der Option insbesondere für den Fall in Erwägung ziehen, dass die Arbeit der Servicestelle erfolgreich verlaufen ist und dem Auftraggeber sowie seinen Paktpartnern ausreichende Haushaltsmittel für den Verlängerungszeitraum zur Verfügung stehen.
- (3) Im Fall der Ausübung der Option nach Abs. 1 ist der Auftragnehmer verpflichtet, die nach diesem Vertrag und seinen Anlagen für das Jahr 2027 geschuldeten Leistungen entsprechend auch für die Jahre 2028 bis 2029 und 2030 bis 2031 zu erbringen.
- (4) Im Übrigen richten sich die Vertragsbedingungen, insbesondere Kündigungsrechte, nach den Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Anlagen.

§ 19

Schlussbestimmungen

- (1) Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht unter Ausschluss des deutschen internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts Anwendung. Gerichtsstand ist München.

- (2) Soweit sich aus diesem Vertrag nichts Anderes ergibt, gelten ergänzend zu diesem Vertrag die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung geltenden Fassung.

- (3) Sollten die Anlagen zu diesem Vertrag Bestimmungen enthalten, die zu den in §§ 1 bis 19 dieses Vertrags unmittelbar enthaltenen Bestimmungen in Widerspruch stehen, so gehen die unmittelbar in der §§ 1 bis 19 dieses Vertrags enthaltenen Bestimmungen vor. Dies gilt insbesondere für Regelungen zur Vergütung, zu Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers und zur Einschaltung von Unterauftragnehmern.

- (4) Soweit in diesem Vertrag verlangt wird, dass Erklärungen in schriftlicher Form zu erfolgen haben, genügt auch ein unterschriebenes eingescanntes Dokument per E-Mail. Gleiches gilt für Änderungen und Ergänzungen der Vertragsbedingungen. Das gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel.

- (5) Sollten einzelne Bestimmungen der Vertragsbedingungen unwirksam sein oder werden, so sollen die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt bleiben. Die sich möglicherweise ergebenden Lücken sollen so ausgefüllt werden, dass Sinn und Zweck des Vertrags erhalten bleiben.

München, den _____ xxx, den _____

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales xx